

"Wenn der Nato Frankreichs Boden entzogen wird" in Süddeutsche Zeitung (14. März 1966)

Quelle: Süddeutsche Zeitung. Münchner neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. Dürrmeier, Hans ; Herausgeber Proebst, Hermann. 14.03.1966, Nr. 62; 22. Jg. München: Süddeutscher Verlag.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL:

[http://www.cvce.eu/obj/"wenn_der_nato_frankreichs_boden_entzogen_wird"_in_suddeutsche_zeitung_14_marz_1966-de-8b6bf4f8-0921-48d6-81ec-7cf24d485949.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 16/09/2012

Wenn der NATO Frankreichs Boden entzogen wird

Durch die französische Politik drohen den atlantischen Partnerstaaten Milliardenverluste

Von unserem Redaktionsmitglied Josef Riedmiller

Paris, 13. März

Am 9. September 1965 begannen französische Arbeiter in dem Pariser Vorort Rocquencourt mit einem Tagewerk, das die davon Notiz nehmende Schar von Offizieren verschiedenster Nationalität für symbolträchtig hielt. Die Arbeiter waren damit beschäftigt, vor dem Hauptquartier des NATO-Oberbefehlshabers in Europa (SHAPE) die Fahnenstangen, an denen Tag für Tag die Flaggen der 15 NATO-Staaten sowie die NATO-Flagge gehißt werden, in den französischen Boden zu betonieren. Ein Sturm hatte sie Wochen zuvor umgeweht, so daß eine festere Verankerung angebracht schien.

Just am selben Tag machte jedoch Frankreichs Staatspräsident de Gaulle in einer Pressekonferenz darauf aufmerksam, daß „spätestens 1969, was uns betrifft, die Unterordnung aufhören wird, die im NATO-Pakt als Integration bezeichnet wird und unser Schicksal einer ausländischen Autorität überantwortet“. Die Adressaten dieser Erklärung nahmen sie nicht ernst und wiegten sich in der Hoffnung, daß de Gaulle nicht zerstören werde, was vorab die Amerikaner und später die NATO aus gemeinsamen Mitteln in 15 Jahren zur Verteidigung Westeuropas auf französischem Territorium aufgebaut hatten. De Gaulle mußte also am 21. Februar 1966 einen neuen Anlauf nehmen, um sich seinen Bündnispartner verständlich zu machen. Wiederum in einer Pressekonferenz sagte er: „Alles in allem handelt es sich darum, eine normale Souveränitätslage wiederherzustellen, in der alles, was an Boden, Himmel, Meer und Macht französisch ist, und jedes sich in Frankreich befindende ausländische Element nur noch der französischen Obrigkeit untersteht.“

Die letzten Zweifel

Das war nicht mehr mißzuverstehen, auch wenn das Einbetonieren der Fahnenstangen vor dem NATO-Hauptquartier die Hoffnung erweckt haben sollte, die integrierten NATO-Stäbe und die Einrichtungen der Infrastruktur könnten weiterhin in Frankreich bleiben oder würden den Benützerstaaten uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Letzte Zweifel räumten die Briefe de Gaulles und die französischen Memoranden an die verbündeten Regierungen aus: Die NATO-Stäbe als Werkzeuge einer gemeinsamen Planung und Truppenführung müssen Frankreich verlassen, die logistischen Einrichtungen müssen französischem Kommando unterstellt werden, andernfalls stehen sie den Benützern nicht mehr zur freien Verfügung.

Was die Integration der Streitkräfte betrifft, so sollte man sich über ihr Ausmaß keine übertriebenen Vorstellungen machen. Integriert sind nur die NATO-Kommandostellen. Ihnen assigniert, das heißt ihrem Kommando als verfügbar unterstellt, sind nur gewisse Einheiten der Luftverteidigung und die Bundeswehr, für deren Einbau in die westliche Verteidigung das System der Integration erst eingeführt wurde. Alle anderen Streitkräfte würden erst im Krisenfall mit Zustimmung der nationalen Regierungen der NATO unterstellt oder sind *earmarked*, also mit einem „Ohrenzeichen“ versehen, das sie als Streitkräfte ausweist, die eines fernerer Tages wiederum mit nationaler Zustimmung der NATO zugeteilt werden könnten. Der NATO-Befehlshaber ist aber schon in Friedenszeit für die Ausbildung dieser Einheiten verantwortlich.

Die Tatsache, daß die meisten in Westeuropa stationierten alliierten Streitkräfte nationaler Kontrolle unterstehen – auch die deutschen, was ihre Verwaltung und Versorgung anbelangt –, geht am deutlichsten daraus hervor, daß der amerikanische NATO-Oberkommandierende Lemnitzer in Personalunion Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa ist, mit einem eigenen Hauptquartier (US-EUCOM) in St. Germain. Der Rechtsstatus der amerikanischen Truppen (gegenwärtig 26 000 Mann) und militärischen Einrichtungen in Frankreich basiert auf einem Abkommen über den „Status der Streitkräfte“ vom 19. Juni 1951 sowie auf bilateralen Abkommen zwischen Frankreich und Amerika. In diesen Abkommen hat sich Washington Rechte gesichert, die es für die uneingeschränkte Bewegungsfreiheit seiner Truppen und ihrer Versorgung für notwendig hält. Während es beispielsweise auf den amerikanischen

Flugplätzen in England einen britischen Kommandanten gibt, schalten und walten die Amerikaner in ihren Einrichtungen in Frankreich völlig souverän – zum Ärger der Franzosen, die zusehen mußten, wie von ihrem Territorium aus die Amerikaner Luftbrücken nach dem Kongo und nach Indien unterhielten.

Unterhalb dieser Möglichkeiten wollen die Amerikaner jedoch nicht gehen. Sie fürchten, daß ein französischer Kommandant auf ihren Basen im Krisenfall die Operationsfähigkeit ihrer Streitkräfte behindern würde. Das ist kein abwegiger Gedanke, bedenkt man, daß de Gaulles Politik im Kern darauf hinausläuft, frei über die Beteiligung Frankreichs an Konflikten zu entscheiden. Also darf er sich auch nicht mittelbar an Konflikten beteiligen, indem er französisches Territorium für eine kriegführende Partei zur Verfügung stellt. Das betrifft auch die deutschen Nachschubdepots in Frankreich, die einem französischen Kommandanten unterstehen und auch von Franzosen bewacht werden. Obwohl der darüber zwischen Bonn und Paris abgeschlossene Vertrag den Deutschen die Benutzung dieser Depots in jeder Situation zusagt, scheint diese Zusage doch von problematischem Wert zu sein, falls Frankreich sich aus Verwicklungen heraushalten will, in die die Bundesrepublik gerät.

Die Amerikaner sind also entschlossen, ihre französischen Basen aufzugeben, falls eine französische Autorität darüber ausgeübt werden sollte – woran nicht mehr zu zweifeln ist. Am empfindlichsten betroffen wird davon ihr Nachschub an Treibstoff für die 7. US-Armee in Süddeutschland und ihre Flugbasen in der Bundesrepublik und Frankreich. Vom französischen Atlantikhafen Donges führt eine von Amerika finanzierte und betriebene Pipeline nach Hüttenheim bei Mannheim, mit Abzweigungen zu Flugplätzen und Tanklagern. Diese Ölleitung ist 880 Kilometer lang, sie hat 260 Millionen Mark gekostet und wurde in fünfjähriger Bauzeit errichtet. Ein 140 Kilometer langes Stück zwischen Metz und Zweibrücken wurde von der NATO finanziert. Eine amerikanische Ölgesellschaft, die an dem Betrieb der Leitung beteiligt ist, transportiert über sie auch Treibstoff für den zivilen Bedarf in Frankreich und Deutschland. Große Treibstofflager für den militärischen Bedarf befinden sich in Donges, Melun, Chalon und Metz. Ein eigenes Nachrichtennetz gewährleistet die Befehlsübermittlung und Überwachung entlang der zumeist unterirdisch verlegten Ölleitung. Wenn sie ausfällt – was die Amerikaner schon jetzt befürchten angesichts der Tatsache, daß das Bedienungspersonal überwiegend aus Franzosen besteht –, sitzen die US-Streitkräfte in der Bundesrepublik buchstäblich auf dem Trockenen.

Riesige Depots

Über französisches Gebiet geht auch der größte Teil des Nachschubs für die 7. US-Armee – 20 000 Tonnen pro Monat. In Frankreich unterhalten die amerikanischen Luftstreitkräfte noch vier Flugbasen, weitere befinden sich im Reservestatus. Auf den Plätzen Laon, Toul-Rosières und Chambly sind Aufklärer stationiert; Toul vor allem ist von großer Bedeutung, weil sich dort eine fliegende Befehls- und Nachrichtenübermittlungszentrale befindet, die für den gesamten europäischen, nahöstlichen und nordafrikanischen Raum die Nachrichtenverbindungen aufrechtzuerhalten hat, falls die erdgebundenen ausfallen sollten. Der für die Amerikaner wichtigste und zugleich größte Militärflugplatz in Frankreich aber ist Chateauroux, auf dem Lufttransporteinheiten stationiert sind. Neben dem Platz wurden riesige Depots und logistische Einrichtungen aufgebaut. Diese Basis ist der wichtigste Lager- und Versorgungsplatz für die US-Luftwaffe in Europa. Die Amerikaner haben also in Frankreich aufzugeben: eine lebensnotwendige Pipeline, Tanklager, Depots, Ersatzteillager, vier aktive und mehrere Reserve-Flugplätze, wichtige Einrichtungen für die Nachrichtenübermittlung, einige Marinebasen und nicht zuletzt ihr europäisches Hauptquartier.

Für die NATO sieht die Bilanz nicht besser aus. Obwohl es in den betroffenen Quartieren niemand zugeben will und offiziell von Ersatzlösungen nichts bekannt ist, werden über kurz oder lang das NATO-Hauptquartier (SHAPE) in Rocquencourt und das Kommando für die Streitkräfte in Mitteleuropa (AFCENT) in Fontainebleau aus Frankreich verlegt werden müssen. Die NATO unterhält in Zentraleuropa aus gemeinsamen Mitteln ebenfalls eine Pipeline, die mit allen Verzweigungen 4800 Kilometer lang ist und zu der etwa hundert Pumpstationen gehören. Ihr Bau kostete fast eine Milliarde Mark. Die NATO-Pipeline ist durch eine Stichleitung zwischen Cambrai und Chalon mit der amerikanischen verbunden. Die NATO verfügt in Mitteleuropa über eine Million Kubikmeter Tanklagerraum. Ein großer Teil dieser Einrichtungen, vor allem auch die Entladehäfen für die Tanker, liegt auf französischem Territorium. Für die gemeinsame

Infrastruktur – also Flugplätze, Nachrichtenmittel, Befehlsstellen, Depots und Pipelines – hat die NATO 12 Milliarden Mark aufgewendet, wovon ein großer Teil für Einrichtungen in Frankreich aufgewendet wurde.

Von dem Hinauswurf aus Frankreich wird auch die NATO-Ersatzteilorganisation (NAMSÖ) betroffen sein, die auf französischem Gebiet Depots unterhält. Das gemeinsame Luftmelde- und -Kontrollsystem sowie das Nachrichtenübermittlungssystem *Forward scatter* haben ebenfalls technische Einrichtungen wie Relaisstationen sowie Befehlsstellen in Frankreich. Was allerdings die aktive Luftverteidigung betrifft, so sind ihre Einheiten, Radarstationen und Kommandostellen überwiegend in der Bundesrepublik stationiert. Frankreich hat bislang nur einen kleinen Teil seines östlichen Territoriums der gemeinsamen Luftkontrolle unterstellt. Nach dem Abzug seiner Streitkräfte und Offiziere aus der NATO wird Frankreich allerdings auf ein Instrument verzichten müssen, das für die Operationsfähigkeit seiner „Force de frappe“ unentbehrlich ist: das vorgeschobene Radar-Frühwarnsystem und seine Melde- und Datenverarbeitungsorgane.

Die Gelassenheit der Offiziere in den NATO-Stäben kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die gesamte Verteidigung in Mitteleuropa durch die französische Politik ins Wanken geraten ist. Kann man von den Benelux-Häfen und von Bremerhaven aus Streitkräfte versorgen, die mit gefährdeten Flanken vertikal zu den Versorgungsbasen stehen? Werden die Amerikaner ihre 7. Armee nach Norden verlegen, um der Bundeswehr Süddeutschland zu überlassen? Da die Versorgung eine rein nationale Aufgabe ist, möge sich die Bundesrepublik darum sorgen, sich rückwärtige Versorgungseinrichtungen in Frankreich zu erhalten. Auf jeden Fall wird es als unmöglich angesehen, verschieden ausgerüstete Streitkräfte mit verschiedenen Nachschubgütern von Norden nach Süden zu versorgen. „Das Chaos wäre vollkommen“, das ist die einhellige Meinung der Logistiker.